Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 32 (1952-1953)
Heft: 3

Artikel: Schwedische Aussenpolitik nach dem zweiten Weltkrieg
Autor: Hirschfeldt, Lennart
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-160067

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 18.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

geräumt werden. Das europäische Interesse und damit auch das der neutralen europäischen Länder und sogar der ganzen Welt erfordern, daß dies bald erfolgen möge und die beteiligten Länder nachher mit Überzeugung und Aufrichtigkeit an der Entwicklung ihrer Defensivgemeinschaft und der gemeinsamen Wehrmacht mitwirken werden. Der Wahrung des Friedens und der westlichen Zivilisation kann damit nicht besser gedient werden.

SCHWEDISCHE AUSSENPOLITIK NACH DEM ZWEITEN WELTKRIEG

VON LENNART HIRSCHFELDT
DIREKTOR DES AUSSENPOLITISCHEN INSTITUTES, STOCKHOLM

I.

Als sich die schwedische Außenpolitik nach dem zweiten Weltkrieg den neuen Problemen der Nachkriegszeit gegenübergestellt sah, hatte die militärpolitische und strategische Lage eine wesentliche Verschlechterung erfahren. Der erste Weltkrieg mündete in ein für Schweden vorteilhaftes Gleichgewicht der Mächte im Ostseeraum aus: Deutschland und Rußland waren geschwächt, ein selbständiges Polen wirkte als neuer und ausgleichender Faktor. Im Jahre 1919 war die russische Ostseeposition schwächer als je seit den Zeiten Karls XII.; der neue Sowjetstaat erreichte die Ostsee nur auf dem schmalen Streifen bei Leningrad im Finnischen Meerbusen. Jetzt, 1945, war die Lage anders. Teile des südöstlichen Finnland, die drei baltischen Staaten und das Gebiet von Königsberg wurden Rußland einverleibt, und die polnischen und deutschen Ostseeküsten standen bis in die Gegend von Lübeck unter russischer Militärkontrolle. Gleichzeitig hatte die technische Entwicklung der Kommunikationen und militärischen Machtmittel den Wert jenes Schutzes vermindert, den Schweden früher aus einer verhältnismäßig abgeschiedenen Lage hatte ziehen können.

Die Entwicklung, welche die Welt während des Krieges durchlaufen, zeichnete sich bereits ab durch die ausgeprägte Schwerpunkt-

verschiebung in der politischen Struktur der Welt, mit der Tendenz zu einem globalen Mächtegleichgewicht, beruhend auf den beiden rivalisierenden Weltmächten, den USA und der Sowjetunion. Diese Entwicklung war offenbar geeignet, den Spielraum für die außenpolitische Bewegungsfreiheit der Kleinstaaten zu verringern und die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Neutralitätspolitik ungünstiger zu gestalten. Das hinderte indessen nicht, daß man in Schweden allgemein darüber einig war, die Neutralitätspolitik, die eine historische Tradition geworden war und dazu beigetragen hatte, das Land außerhalb von zwei Weltkriegen zu halten, nicht ohne zwingende Gründe preiszugeben. Dies lag nicht nur im schwedischen Interesse. Man hoffte bei Kriegsschluß, das Verhältnis zwischen den Siegermächten würde unter der Hand reguliert und die Welt allmählich zu einem friedlichen Status übergehen. Hier könnte, so glaubte man, Schweden zu einer günstigen Entwicklung beitragen, indem es sich von hochpolitischen Verpflichtungen fernhielt und statt dessen als Brücke dienen würde, als vermittelndes Bindeglied zwischen der Sowjetunion und den Westmächten. Eine Weiterführung der schwedischen Neutralitätspolitik wurde nicht nur als Selbstzweck aufgefaßt, sondern auch als Beitrag an die Bestrebungen, in Europa wiederum ein friedliches Klima zu schaffen. In diesem Gedanken erschien es als wünschenswert, daß Schweden seine ideologische und kulturelle Gemeinschaft mit den Demokratien des Westens durch ökonomische Bindungen gegenüber dem Osten aufwog. Ein Glied in diesen Bestrebungen bildete das 1946 abgeschlossene Handels- und Kreditabkommen mit der Sowjetunion.

In einem wichtigen Punkt war man indessen bereit, die Neutralität zu modifizieren, jedenfalls prinzipiell. Für ein Land mit traditionell positiver Einstellung zu internationaler Zusammenarbeit, wie sie in der Zwischenkriegszeit durch den Völkerbund betrieben worden, war es ein selbstverständlicher Wunsch, auch in der im Aufbau begriffenen Weltorganisation, den Vereinigten Nationen, mitzuwirken. Der im November 1946 vollzogene Eintritt Schwedens enthielt eine Begrenzung des Rechtes zur Neutralität. Die Mitgliedschaft in die UNO brachte die Verpflichtung mit sich, an Sanktionen teilzunehmen, die der Sicherheitsrat gegen einen Friedensbrecher beschließen könnte. Es stand aber gleichzeitig fest, daß das Vetorecht der fünf permanenten Ratsmitglieder einen Sanktionsbeschluß des Sicherheitsrates gegen eine friedensbrechende Großmacht oder einen ihrer Schützlinge verunmöglichen würde. Niemand dachte in diesem Zeitpunkt daran, daß die UNO als Organ für die kollektive Sicherheit gegen eine friedensbrechende Großmacht funktionieren könnte. Im Gegenteil, alle Kommentatoren des UNO-Statuts waren der Ansicht, das ganze Sicherheitssystem der Organisation müßte beim Ausbruch

eines neuen Großmachtskonfliktes versagen. Dies bedeutete eine sehr wesentliche Einschränkung des Schutzes, den die Mitgliedschaft den kleineren Staaten gewährte. Aber es bedeutete auch, daß ihr Selbstbestimmungsrecht weniger beschnitten wurde. Die Mitgliedschaft enthielt praktisch keinerlei Verpflichtung, bei einem Großmachtskonflikt von der Neutralität abzugehen oder zwischen verschiedenen Großmachtblöcken Stellung zu beziehen.

Diese Auffassung von Inhalt und Konsequenzen des UNO-Engagements gelangte in der *Regierungsdeklaration vom 22. Oktober 1945* zum Ausdruck, welche die Grundlinien für die schwedische Außenpolitik der Nachkriegszeit ausführlich präzisierte. Es hieß darin:

> «Das Zustandekommen der neuen Sicherheitsorganisation UNO beeinflußt die außenpolitische Stellung unseres Landes beträchtlich. Schweden darf offensichtlich unter den Nationen nicht fehlen, die mit vereinten Kräften einen auf einen gemeinsamen internationalen Bund gestützten wahrhaften Frieden aufbauen wollen. Das schwedische Volk seinerseits muß sowohl auf Grund seiner vitalen Interessen als auch aus ideellen Überlegungen heraus aufs wärmste wünschen, daß keinerlei politische Aufteilung der Staaten in einander entgegenstehende Gruppen erfolgt. Wir sind gewillt, uns einer gemeinsamen Sicherheitsorganisation anzuschließen und bei Anlaß eines kommenden Konfliktes von der Neutralität in dem Maße abzuweichen, als es die Satzungen der Organisation erfordern. Sollte sich aber wider Erwarten innerhalb der Organisation eine Tendenz zur Aufteilung der Großmächte in zwei Lager zeigen, muß es das Ziel unserer Politik sein, uns nicht in eine solche Gruppen- oder Blockbildung treiben zu lassen.»

Man ließ es sich also von Anfang an angelegen sein, festzuhalten, daß der Anschluß an die UNO nicht die Bedeutung haben könnte, Schweden würde bei einem Großmachtskonflikt auf das Recht zur Neutralität verzichten, und ebensowenig bedeutete er einen Schritt in der Richtung auf die Mitwirkung in einer Blockpolitik.

Als in der Regierungsdeklaration ein klarer Vorbehalt gegen Blockbildungen angebracht wurde, hob man doch gleichzeitig hervor, daß eine erweiterte nordische Zusammenarbeit nicht als eine Blockbildung der in Frage stehenden Art aufgefaßt werden dürfte. Man erklärte im Gegenteil, es sei eine Hauptaufgabe der schwedischen Außenpolitik, die Bindungen zu den nordischen Völkern wieder anzuknüpfen und zu verstärken. Von norwegischer und dänischer Seite verlieh man derselben Auffassung Ausdruck, und die Zusammenarbeit kam auf ökonomischem und kulturellem Gebiet rasch in Gang. Die Kriegsereignisse, durch die ja Schweden in einer früheren Phase gezwungen worden war, den Unterdrückern Dänemarks und Norwegens gewisse Vergünstigungen zu gewähren, hatten einige Anfangsschwierigkeiten auf gefühlsmäßiger Ebene zur Folge. Aber in dem Maße, in dem der schwedische Einsatz zu Gunsten der norwegischen

und dänischen Widerstandsbewegungen allgemeiner bekannt wurde, besserte sich die Stimmung. Es zeigte sich auch bald, daß die engen Beziehungen der Norweger und Dänen zu den Alliierten der Kriegszeit nicht in dem erwarteten Ausmaß auf ihre Orientierung nach der Befreiung einwirkten. Den beiden Staaten lag es in gleicher Weise wie Schweden daran, in den Gegensätzen zwischen den Großmächten nicht Partei zu ergreifen. Skandinavien wurde in seiner Ganzheit allgemein als eine neutrale Zone im Nachkriegseuropa aufgefaßt. Dies kam unter anderem darin zum Ausdruck, daß der damalige norwegische Außenminister im Jahre 1946 auf Vorschlag der Sowjetunion einhellig zum Generalsekretär der UNO gewählt wurde.

II.

Es dauerte indessen nicht lange, bis es sich klar zeigte, daß die internationale Entwicklung nach dem Krieg zu schärferen Spannungen führen würde. Die Vertrauenskrise zwischen Ost und West gab der internationalen Politik das Gepräge, und die fortschreitende Verschlimmerung der ost-westlichen Beziehungen zeitigte bald tiefgehende Rückwirkungen im Norden.

Die Jahre 1948/49 waren entscheidend für die Stellung des Nordens in der Weltpolitik. Auf den Frühling 1948 hin wurde ein *finnisch-russischer Beistandspakt* unterzeichnet, der auf Stalins Initiative zustandegekommen war und die Verankerung der finnischen Außen- und Verteidigungspolitik im Ostblock mit sich brachte, — wenn auch auf ungewisse Zeit und unter Bewahrung seiner inneren Freiheit und Unabhängigkeit. Im gleichen Zeitpunkt interessierte man sich in Norwegen immer mehr für die Vorschläge der Westmächte hinsichtlich einer verteidigungspolitischen Zusammenarbeit im Rahmen einer atlantischen Gemeinschaft. Die Frage nach der Stellung der skandinavischen Staaten zur Sicherheitspolitik der Westmächte erschien jetzt auf der Tagesordnung.

Daß diese neue Lage keine Revision der schwedischen Einstellung zu Blockbildungen und Allianzpolitik veranlaßte, wurde in einer *Regierungsdeklaration vom 4. Februar 1948* festgehalten. Darin wurde erklärt, daß die Verschärfung der Spannung in der Welt die Regierung nicht veranlaßt habe, eine Parteinahme in Erwägung zu ziehen. Die Regierung wolle das Land keinem Großmachtblock anschließen, weder durch einen formellen Allianzvertrag noch durch ein stillschweigendes Übereinkommen über ein gemeinsames Auftreten im Falle eines Konfliktes. Die Regierung wolle keine Politik führen, die bedeuten könnte, «daß Schweden sich seines Rechtes und seiner Möglichkeiten begeben würde, außerhalb eines neuen Krieges zu stehen».

Das außenpolitische Amt in Stockholm begnügte sich indessen nicht damit, seinen eigenen Entschluß bekannt zu geben, an der Neutralität festzuhalten. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen Stockholm und Oslo aktualisierten das Risiko, daß Skandinavien in der Weltpolitik gespalten dastehen würde. Um dieser Gefahr zu begegnen und Norwegen und Dänemark eine Alternative für den Anschluß an die Westmächte zu bieten, der skandinavisches Territorium in eine Blockpolitik hineinführen müßte, machte die schwedische Regierung den Vorschlag, einen freistehenden gegenseitig verpflichtenden Verteidigungsbund gegenüber den Großmächten zu bilden. Dieser sollte als selbständige regionale Gruppierung bestehen und die Aufgabe haben, eine gemeinsame Verteidigung des skandinavischen Territoriums zu organisieren und wenn möglich die drei Staaten außerhalb eines Krieges zu halten.

Schweden war also auf Grund der Entwicklung während des Jahres 1948 bereit, mit der Neutralitätstradition zu brechen und einen formellen Verteidigungsbund mit Norwegen und Dänemark zu schließen, unter der Voraussetzung eines neutralen Verhaltens dieser neuen Kombination gegenüber den Großmächten. Diese Voraussetzung wurde indessen von norwegischer Seite aus nicht akzeptiert, — offenbar mit eifriger Ermunterung von Seiten Amerikas. Man argumentierte in Oslo, die skandinavischen Sicherheitsprobleme müßten als ein Teilproblem in dem weiteren Rahmen der gleichzeitig vor sich gehenden Atlantikpakt-Diskussionen erörtert werden. Da lag die große prinzipielle Meinungsverschiedenheit, an der die Verhandlungen im Januar 1949 schließlich scheiterten. Schweden wollte nur einen Verteidigungsbund anerkennen, der den Westmächten gegenüber realiter frei wäre. Norwegen konnte nur einen Bund akzeptieren, der in irgendeiner Form an die Organisation geknüpft war, aus der alsbald der Atlantikpakt hervorgehen sollte. Das Resultat war, daß die skandinavischen Länder außenpolitisch verschiedene Wege gingen. Norwegen und Dänemark schlossen sich ebenso wie Island dem Atlantikpakt an, Schweden blieb einsam auf dem Boden der skandinavischen Neutralität.

III.

Jede politische Entscheidung bedeutet eine Wahl zwischen verschiedenen Möglichkeiten, und nur die Nachwelt kann beurteilen, ob die gewählte Alternative die richtige war. Als sich Schweden nach dem Anschluß Dänemarks und Norwegens an den Atlantikpakt dazu entschied, den Weg der Neutralität allein zu beschreiten, lag dieser Wahl eine eingehende Analyse und Bewertung der Risiken zu Grunde, welche die internationale Lage für ein Land in der spezifischen Situa-

tion Schwedens mit sich brachte und der Möglichkeiten, die eine fortgesetzte allianzfreie Politik bot. Als die schwedische Regierung und die überwältigende Mehrheit der öffentlichen Meinung in Schweden den Gedanken von sich wiesen, ihre Sicherheit durch eine Einordnung in ein weltumfassendes strategisches Verteidigungssystem unter amerikanischer Leitung zu suchen, war der Grund hierfür kein doktrinärer Neutralitätsglaube oder mangelndes Gefühl für die grundlegende Gemeinschaft zwischen den westlichen Demokratien. Es waren vielmehr realistische Beweggründe, durch die sich die schwedische Außenpolitik leiten ließ, welche das Gepräge der Allianzfreiheit trägt.

Es ist das Ziel dieser *allianzfreien Politik,* während einer Zeit internationaler Spannungen die Stürme des kalten Krieges vom schwedischen Territorium fernzuhalten und ihm die Freiheit des Handelns zu bewahren, die zu hüten Schweden in seiner exponierten Lage allen Grund hat, vor allem das Recht und die Möglichkeit, auch in einem dritten Weltkrieg die Neutralitätspolitik zu befolgen. Ein schwedischer Anschluß an den Atlantikpakt müßte bedeuten, daß Schweden, vom russischen Standpunkt aus betrachtet, als eine zentrale Atlantikstellung dastünde, ein vorgeschobenes amerikanisches Basis- und Aufmarschgebiet. Schweden würde dadurch in die äußerste Vorpostenlinie geraten. Bei einem bewaffneten Konflikt würde das Land aller Wahrscheinlichkeit nach von Anfang an in den Krieg verwickelt und das Ziel konzentrierter Vernichtungsaktionen bilden. Während des Zustandes fortgesetzter internationaler Spannungen stünde der Norden in seiner Gesamtheit im Vordergrund des kalten Krieges. Die Weltpolitik wäre um ein Unruhezentrum und eine Reibungsfläche reicher.

In dieser Frage bildet Schwedens interessebetonte *Rücksichtnahme auf Finnland* einen bedeutungsvollen Faktor. Die Politik der Sowjetunion gegenüber Finnland war bisher auffallend zurückhaltend. Schweden hat ein wesentliches Interesse daran, nicht unnötig Maßnahmen zu ergreifen, welche die Sowjetunion veranlassen könnten, unter Ausnützung der Bestimmungen des finnisch-russischen Beistandspaktes eine militärische Infiltration Finnlands durchzuführen und der bisherigen inneren Freiheit des Landes ein Ende zu bereiten. Das würde nicht nur eine wesentliche Verschlechterung der Lage Finnlands bedeuten; — es müßte auch Schweden in eine konstante Kriegsbereitschaft treiben, wie sie die Türkei seit langem tragen muß, mit all den Rückwirkungen, die sie für unsere politische und ökonomische Situation mit sich bringen würde. Ein schwedischer Anschluß an den Atlantikpakt würde mit der größten Wahrscheinlichkeit russische Gegenmaßnahmen in Finnland zur Folge haben. Dagegen dürfte der jetzige schwedische Kurs geeignet sein, das

Risiko einer solchen Entwicklung in Finnland herabzumindern. In Moskau ist man sich wohl klar darüber, daß russische Maßnahmen in Finnland von der öffentlichen Meinung Schwedens als schwerwiegendes Motiv für eine Überprüfung der allianzfreien Politik aufgefaßt würden. Dies kann für Rußland gewiß nicht wünschenswert sein.

Die gegenwärtige schwedische Außenpolitik ist in erster Linie geeignet, die schwedischen Interessen zu begünstigen, wie sie sich in Friedenszeiten ergeben. Gleichzeitig trachtet aber die Allianzfreiheit — wie erwähnt — darnach, die vorhandenen Möglichkeiten zu wahren, um das Land außerhalb eines neuen Großmachtkonfliktes zu halten. Offensichtlich kann diese Neutralitätspolitik in Kriegszeiten nur dann erfolgreich sein, wenn die Entwicklung sich so gestaltet, daß keine der kriegführenden Mächte es als ein vitales Interesse für die eigene Kriegführung betrachtet, Schweden zu zwingen, seine Neutralität aufzugeben. Der Umstand, daß Schweden während der ganzen Nachkriegszeit eine positive Verteidigungspolitik geführt hat, ist geeignet, die Erfolgsaussichten zu vergrößern. Eine effektiv bewaffnete Neutralität stellt nämlich jeden Angreifer vor die Frage, ob eine Eroberung den Einsatz lohnt, oder ob es klüger und billiger ist, davon abzusehen. Ob Schweden in diesem Punkt der Umwelt die beabsichtigte Schlußfolgerung beibringen kann, muß die Zukunft zeigen. Aber die zwei Faktoren, auf denen Schwedens Politik angesichts eines Weltkonfliktes basiert: eine nach allen Seiten ungebundene Neutralitätspolitik und eine starke Verteidigung, scheinen die besten Aussichten zu bieten, um die Katastrophe zu überleben, in die ein dritter Weltkrieg ausmünden würde.

IV.

Die *militärische Allianzfreiheit* ist jedoch nur eine — wenn auch die wichtigste — der Richtlinien, denen die schwedische Außenpolitik der Gegenwart folgt. Es gibt auch einen andern Aspekt: jenen der internationalen Zusammenarbeit, besonders der ökonomischen und politischen Zusammenarbeit in den westeuropäischen Gemeinschaftsorganisationen. Hier hat Schweden schon von Anfang an Farbe bekannt: der Anschluß an den Marshallplan und den Europarat bedeutete eine politische Stellungnahme, die der selbstverständlichen ideologischen, kulturellen und ökonomischen Interessengemeinschaft mit dem demokratischen Westeuropa Ausdruck gab. Es ist aber natürlich, daß die Kombination militärischer Allianzfreiheit auf der einen und einer Mitwirkung in den internationalen Arbeitsgemeinschaften auf der anderen Seite die schwedische Außenpolitik ge-

legentlich vor gewisse Probleme stellt. Die internationalen Organe sind in einer fortschreitenden Entwicklung begriffen. Sie ändern den Charakter unter dem Einfluß der Kräfte und Tendenzen, welche die allgemeine Entwicklung in der Welt beeinflussen, und diese Tendenzen bewegen sich in der Richtung einer immer umfassenderen Integration auf dem ganzen Feld. Was die Marshallorganisation und den Europarat anbelangt, lag es selbstverständlich im schwedischen Interesse, die freie Stellung dieser Organisationen gegenüber dem Atlantikpakt zu bewahren, weil deren Verkoppelung in einem militärpolitischen Zusammenhang eine fortgesetzte, volle Mitwirkung eines allianzfreien Staates, der entschlossen ist, außerhalb militärischer Blockbildungen zu verharren, erschweren würde.

Bisher wurde Schweden jedoch in erster Linie innerhalb der UNO-Politik vor das Problem gestellt, die internationalen Verpflichtungen gegen den allianzfreien Standpunkt abzuwägen. Die ursprünglichen Voraussetzungen für die schwedische UNO-Politik sind in gewissem Maße korrigiert worden, seitdem die Blockbildung in der UNO eine Tatsache ist und die Fragen betreff Frieden und Sicherheit kein Privilegium des Sicherheitsrates mehr sind. Gemäß der Resolution von Acheson hat ja jetzt die Generalversammlung die Kompetenz, in solchen Fragen mit Zweidrittelsmehrheit Empfehlungen an die Mitgliedstaaten über Zwangsmaßnahmen gegen einen Angreifer, Großmacht oder Kleinstaat, zu beschließen. Diese Empfehlungen sind für die Mitgliedstaaten rechtlich nicht bindend, aber natürlich trotzdem von besonders großer politischer und moralischer Bedeutung.

Formell bedeutet diese Entwicklung einen Schritt in der Richtung des Prinzips der kollektiven Sicherheit. Aber in Tat und Wahrheit sind die Verhältnisse komplizierter. Der Begriff «kollektive Sicherheit» setzt voraus, daß eine genügende Übermacht gegen einen Friedensbrecher eingesetzt werden kann. Aber in den Fragen, in denen es wirklich um den Weltfrieden geht, steht die UNO geteilt: von den fünf Großmächten der Erde stehen drei auf der einen und zwei auf der anderen Seite. In Tat und Wahrheit handelt es sich also weniger um kollektive Sicherheit als um das Bestreben, ein weltpolitisches Gleichgewicht zu schaffen, eine Machtbalance aufzubauen. Es ergibt sich von selbst, daß Situationen entstehen können, in denen eine Mitwirkung bei Sanktionen, die durch die Generalversammlung beschlossen werden, gleichbedeutend ist mit Teilnahme an einem Krieg zwischen Großmächten, mit anderen Worten mit dem Bestreben Schwedens unvereinbar ist, bei einem Großmachtskrieg die Neutralität zu bewahren. Die schwedische Delegation hat deshalb an der letzten Generalversammlung, gestützt auf das UNO-Statut, erklärt, daß Schweden keine generelle Verpflichtung übernehmen könne, sich an künftigen Sanktionen zu beteiligen, sofern die Befürchtung be-

stehe, daß die Beteiligung die Einbeziehung des Landes in einen Weltkrieg bedeute.

Als natürliche Konsequenz dieser Auffassung über die UNO-Politik und der allgemeinen Richtlinien der schwedischen Außenpolitik überhaupt, wünscht Schweden die Bewahrung und Ausweitung der Universalität der UNO. Zur Zeit sind ja Staaten wie Finnland, Italien, Spanien, die Mehrzahl der osteuropäischen Staaten und de facto China in der Weltorganisation nicht vertreten. Es liegt auch im schwedischen Interesse, die vermehrte Funktionstauglichkeit der UNO nicht um den Preis zu erkaufen, daß die Organisation bloß zum Ausbau einer Anzahl regionaler Verteidigungsallianzen führt. Schweden teilt hier die Auffassung, die der britische Repräsentant im Sicherheitsrat, Sir *Gladwyn Jebb,* so formuliert hat: es sei wichtig, den universalen Charakter der UNO zu bewahren und die Organisation nicht zu einer antikommunistischen Allianz werden zu lassen, weil die UNO als ein Forum bestehen bleiben müsse, vor dem beide Parteien sich begegnen und wo dann und wann Entscheidungen getroffen werden können, welche die internationale Spannung verringern. Durch seine allianzfreie Stellung kann Schweden hier gelegentlich die Rolle eines Vermittlers spielen, und es hat sich mehrfach gezeigt, daß man von Seiten der Westmächte Wert auf die schwedischen Bemühungen in dieser Richtung legt, — wie man gleichzeitig bei anderen Gelegenheiten mit schwedischen Initiativen bedeutend weniger zufrieden war.

Während der letzten Monate haben manche Zeichen darauf hingedeutet, daß das Verständnis der Westmächte für die schwedische Außenpolitik und das Zutrauen zum schwedischen Abwehrwillen im Steigen begriffen sind. Kürzlich hat man aus einigen Artikeln in der einflußreichen Zeitung «Washington Post» herauslesen können, daß man in führenden amerikanischen Kreisen die schwedische Politik nunmehr als eine Tatsache akzeptiere und sie nicht als Motiv einer Diskriminierung auffasse. *Staatsminister Erlanders Reise nach den USA* scheint der verständnisvollen Haltung auf amerikanischer Seite neue Nahrung gegeben zu haben. Als sich Norwegen und Dänemark 1949 dem Atlantikpakt anschlossen, gab man mehrfach der Befürchtung Ausdruck, daß Schwedens Ausharren auf dem allianzfreien Standpunkt zu einer Isolierung von den westlichen Demokratien führen würde. Heute, drei Jahre später, erscheinen diese Befürchtungen weniger begründet. Vieles deutet darauf hin, daß es für die schwedische Außenpolitik keine undurchführbare Aufgabe ist, eine konsequente Neutralitätslinie zu verfolgen und doch positiv bei der allgemeinen friedlichen Zusammenarbeit zwischen den demokratischen Nationen mitzuwirken. Sie sind es, die das westliche Kulturerbe weitertragen, welches auch Schweden sein eigen nennt.